



In Hünstetten diskutieren ehrenamtliche Betreuer, Gemeindeverwaltung und Politiker darüber, wie und wo Flüchtlinge am besten untergebracht werden sollen. Archivfoto: dpa

Was wird aus Unterkünften?

FLÜCHTLINGE Hünstettens Bürgermeister informiert über die Verhandlungen mit dem Kreis

Von Beke Heeren-Pradt

HÜNSTETTEN. „Zu spät informiert“, lautet ein Vorwurf, den ehrenamtliche Flüchtlingshelfer dem Hünstetter Bürgermeister Jan Kraus machen. Sie bewiesen beim jüngsten Treffen, bei dem es um die Zukunft der Flüchtlingsunterkünfte gehen sollte, dass das Thema Flüchtlinge immer wieder für emotionale Auseinandersetzungen taugt.

Bürgermeister Kraus hatte alle mit dem Thema Flüchtlingshilfe befassten Ehrenamtlichen ins Wallbacher Rathaus eingeladen, denn kurz vor Weihnachten hatte es eine Menge Unruhe gegeben, ausgelöst durch eine E-Mail aus dem Rathaus, in der angekündigt wurde, dass die kleineren Flüchtlingsunterkünfte der Gemeinde zum 31. März geschlossen werden müssten, weil der für die Flüchtlinge verantwortliche Landkreis nur größere Unterkünfte (ab 40 Plätzen) von den Kommunen übernehmen wolle. Was eigentlich nur als Vorabinformation gedacht war, löste einen Sturm des

Protestes vor allem unter den ehrenamtlichen Helfern in den Arbeitskreisen in Wallrabenstein und Bechtheim aus.

Eiligst wurde eine Versammlung am 30. Dezember in Wallrabenstein einberufen, zu der auch Landrat Burkhard Albers erschien. Bürgermeister Kraus war da im Urlaub. Ein direktes Gespräch mit ihm wurde nun am Dienstagabend nachgeholt.

Jan Kraus versuchte, teilweise vergeblich, die Emotionen, die sich sowohl am Inhalt der Mail, als auch an der Form der Kommunikation entzündeten, zu beruhigen und das Gespräch auf eine sachliche Basis zu stellen. Er erläuterte, wie sich die Situation für die Gemeinde Hünstetten darstellt.

Laut Kraus sei die Vereinbarung über die Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge, die der Rheingau-Taunus-Kreis mit den kreisangehörigen Kommunen Anfang 2015 geschlossen hat, bis Ende 2016 terminiert gewesen. In ihr sei festgelegt worden, dass die Städte und Gemeinden Unter-

künfte für Flüchtlinge bereitstellen und der Kreis dafür pro Flüchtling und Tag 11,50 Euro an die Kommunen zahlt. „Die Bürgermeister der Kommunen haben seit Sommer den Kreis gebeten, zu entscheiden, wie es weitergehen soll mit den Unterkünften“, berichtete Kraus von verschiedenen Initiativen, in denen es darum gehen sollte, dass der Kreis mit Ablauf der Vereinbarung die Unterkünfte der Kommunen übernimmt.

Landrat vertritt eine andere Auffassung

Der Kreis habe jedoch keine verbindliche Entscheidung getroffen. Vielmehr habe es laut Kraus im November die Mitteilung gegeben, dass der Kreis nur Unterkünfte mit mindestens 40 Plätzen übernehme – und nicht, wie anfangs zugesagt worden sei, alle Mietverträge übernehme.

Er habe daher zum Ende des Jahres beschlossen, die betroffenen Geflüchteten und die Ehrenamtlichen vorab zu informieren,

dass die Unterkünfte bis Ende März geschlossen werden müssten, sagte der Bürgermeister.

Dem entgegen steht die Auffassung von Landrat Burkhard Albers, der in der Zusammenkunft am 30. Dezember in Wallrabenstein sagte, dass die zwischen den Kommunen und dem Kreis bestehende Vereinbarung auch über den 31. Dezember hinaus Bestand habe und es daher keine Eile gebe, die Unterkünfte zu schließen. Der Wallrabensteiner Arbeitskreis Asyl hat vor diesem Hintergrund in einem Brief Bürgermeister und Gemeindevorstand aufgefordert, die Kündigung zurückzunehmen und im Dialog mit den verschiedenen Arbeitskreisen das weitere Vorgehen zu planen.

„So wie wir die Einrichtung der Unterkünfte in Arbeitsgruppen geplant haben, so sollte es jetzt auch eine Gruppe geben, die die Abwicklung plant“, versuchte Bettina Schewe-Rau vom Wallrabensteiner Arbeitskreis, das Ergebnis der zum Teil turbulenten Versammlung zusammenzufassen. **► BAD SCHWALBACH**